

Antrag

der Abgeordneten Hüseyin-Kenan Aydin, Monika Knoche, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Heike Hänsel, Dr. Hakki Keskin, Michael Leutert, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Agrarbeihilfeempfänger offen legen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesregierung hat sich den UN-Millenniumszielen verpflichtet, in denen unter anderem die Halbierung der Zahl der Hungernden bis zum Jahr 2015 vorgesehen ist. Zentral für die erfolgreiche Umsetzung dieses Zieles ist die Wiederherstellung der Ernährungssouveränität, die in vielen armen Ländern durch eine entwicklungsfeindliche Welthandelspolitik untergraben wurde. Verschiedene Studien nichtstaatlicher Organisationen haben dabei den schädlichen Einfluss der EU-Exportsubventionen auf die landwirtschaftliche Entwicklung in den Ländern des Südens, insbesondere in verschiedenen Staaten Afrikas und Lateinamerikas nachgewiesen.

Misereor veröffentlichte 2005 eine Studie über die Wirkung von Milchimporten aus der EU und anderen entwickelten Staaten auf die Wirtschaft in Burkina Faso. Das mit EU-Geldern subventionierte Trockenmilchpulver wird dort zu Dumpingpreisen angeboten, mit denen die einheimische Landwirtschaft nicht konkurrieren kann. Obwohl es derzeit rund eine Million Milchviehhirten in Burkina Faso gibt, was einem Zehntel der Gesamtbevölkerung entspricht, konsumieren die Einwohnerinnen und Einwohner in Ouagadougou und den anderen Städten des Landes fast ausschließlich die aus importiertem Trockenpulver gewonnene Milch. Entsprechende Auswirkungen von Exportsubventionen hat auch eine 2004 von German Watch veröffentlichte Studie ergeben. Von den 150 Millionen Litern Milch, die auf Jamaika jährlich verbraucht werden, stammen nicht mehr als 12 Prozent aus einheimischer Produktion. Während die europäischen Milchpulverexporte nach Jamaika zu subventionierten Dumpingpreisen in den 90er Jahren von 1 200 auf 6 300 Tonnen anstiegen, sank die Milchproduktion jamaikanischer Kleinbauern im gleichen Zeitraum von 2,5 Millionen auf 300 000 Liter.

Agrarexportsubventionen haben auf diese Weise in den vergangenen beiden Jahrzehnten die Existenzgrundlage einiger hundert Millionen Bauern in den armen Staaten der Welt untergraben. Diese Entwicklung erklärt, warum die Mehrheit der weltweit 850 Millionen chronisch unterernährten Menschen auf dem Lande lebt. Gleichzeitig profitieren davon in Europa lediglich die großen, exportorientierten Betriebe. Empfänger sind nicht nur landwirtschaftliche Unternehmen im engen Sinne, sondern auch Exporteure anderer Branchen, insbesondere die verarbeitende Lebensmittelindustrie. Das auf der WTO-Ministerkonfe-

renz in Hongkong im vergangenen Dezember beschlossene Auslaufen aller Exportsubventionen im Agrarbereich bis zum Jahr 2013 entsprach daher den Forderungen vieler Entwicklungsländer, ohne die Interessen der kleinen und mittleren Bauern in Europa zu beschädigen.

Für die Produktionssubventionen steht ein entsprechender Beschluss indes noch aus. Viele kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe in Europa, die nicht für die Ruinierung bäuerlicher Strukturen in den Entwicklungsländern verantwortlich sind, hängen von diesen Subventionen ab. Mit diesem Argument haben sich die Bundesregierungen in der Vergangenheit der Offenlegung der Agrarbeihilfeempfänger widersetzt. Aber auch bei den Produktionssubventionen profitieren vor allen Dingen jene, die schon viel haben. Das zeigen die Berichte jener europäischen Länder, die im Unterschied zu Deutschland die ausgezahlten Agrarbeihilfen mit konkreten Angaben zu Ausgabenzweck, Empfängerbetrieben und Zahlungshöhe veröffentlicht haben. Als erstes Land hat Dänemark im Frühjahr 2004 entsprechende Statistiken offen gelegt; es folgten Schweden, Großbritannien, einige Regionalregierungen Spaniens, die Niederlande und Frankreich.

Oxfam veröffentlichte im November 2005 ihre Auswertung der Subventionsberichte dieser Länder und kam zu dem Ergebnis, dass

- in Großbritannien die königliche Familie ein großer Empfänger von Agrarsubventionen ist, ebenso wie der Zuckerkonzern Tate & Lyle;
- in Dänemark im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik insgesamt eine siebenstellige Summe an vier Minister der Regierung, mehrere Parlamentsabgeordnete und die dänische EU-Kommissarin ausgezahlt wird;
- in den Niederlanden das Unternehmen des Landwirtschaftsministers Cees Verma 150 000 Euro an Agrarsubventionen erhielt; aus einem im September 2005 publizierten Katalog der Evert Vermeer Stichting ging hervor, dass die fünf meistbegünstigten Firmen, darunter Nestlé Nederland und das Industrieunternehmen Verwerkings Industrie Vreeland, in den Jahren 1999 bis 2003 zusammen 2,39 Mrd. Euro an Agrarsubventionen erhielten. Unter den vierzig meistbegünstigten Unternehmen befanden sich der Bierbrauer Heineken und der Zigarettenhersteller Philip Morris.

In Deutschland haben sich 21 anerkannte Nichtregierungsorganisationen, darunter Greenpeace, die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und Brot für die Welt unter dem Motto „Wer profitiert?“ zusammengeschlossen und fordern von der Bundesregierung die Offenlegung der Agrarbeihilfeempfänger. Sie betonen, dass das derzeitige Vergabesystem auch innerhalb der EU eine Dumpingwirkung erzeugt. Ein flächenstarker, durchrationalisierter Betrieb kann umgerechnet auf eine betriebliche Arbeitskraft jährlich bis zu 120 000 Euro vom Staat erhalten. Der Durchschnitt aller Betriebe erhält mit rund 8 500 Euro weniger als ein Zehntel davon. Arbeitsintensive und an ökologisch nachhaltiger Bewirtschaftung orientierte Landwirtschaftsbetriebe werden klar benachteiligt. Die bisherige Intransparenz bei der Vergabe der Agrarbeihilfen verdeckt, dass sie in der derzeitigen Form strukturell die Arbeitslosigkeit auf dem Lande fördern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- in Anlehnung an die Informationspraxis in anderen EU-Mitgliedstaaten wie Dänemark, Frankreich und den Niederlanden konkrete Angaben zu Direktzahlungen und Agrarsubventionen zu veröffentlichen;
- eine Übersicht zu erstellen und zu veröffentlichen, aus der die Verteilung der Direktzahlungen nach Höhe und nach begünstigten Unternehmen in aggregierter Form hervorgeht;

- eine Übersicht zu erstellen und zu veröffentlichen, aus der die Direktzahlungen an die 100 Unternehmen hervorgehen, die die höchsten Agrarbeihilfen in Deutschland erhalten;
- eine Übersicht zu erstellen und zu veröffentlichen, aus der die durchschnittliche Höhe der ausgezahlten Agrarsubventionen pro Arbeitskraft und Hektar sowie differenziert nach Lage in begünstigten bzw. benachteiligten Gebieten hervorgeht.

Berlin, den 28. Juni 2006

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

